

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 49. 32. Jahrg.

5. Dezbr. 1919.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich am Freitag. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:
Paul Lange, Berlin N 24, Elsenstr. 86-88, III. Redak'ionschluss: Sonntag, 7 Uhr. Amt Norden 9288.
Verlag: Otto Sier, Berlin N 24, : Druck und Expedition: Comp. I. 2510. Schöneberg, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Der graphische Bund. - Allgemeines: Rückschau über unseren Verbandstag. Die wichtigsten Entschlüsse unseres Verbandstages. Bericht vom Gautag des Gau IV. Ortsberichte: Erfurt. - Die photomech. Fächer: Ortsberichte: Leipzig, Stuttgart, Düsseldorf. - Photographische Mitarbeiter: Ortsberichte: Hamburg. Feuilleton: Eingegangene Schriften. Kriegsoffiz. Anzeigen.

Der graphische Bund.

Der Zusammenschluß der graphischen Verbände zu einem Industrieverband ist seiner Verwirklichung ein gutes Stück näher gekommen. Unsere Verbandskolligen hegen diesen Gedanken seit langen Jahren und benutzten jede Gelegenheit, durch ihre Vertreter auf die dringende Notwendigkeit einer endlichen Vereinigung hinzuweisen. Unser Hauptvorstand versuchte wiederholt, dementsprechende Vereinbarungen mit den übrigen graphischen Berufsorganisationen herbeizuführen. Alle diese Versuche führten bisher zu keinem positiven Resultat, da die Arbeitsverhältnisse der einzelnen graphischen Berufe bis in die neueste Zeit hinein eine zu große Verschiedenartigkeit aufwies. Durch die von unserem Hauptvorstand herbeigeführten Tarifabschlüsse ist jetzt eine Uebersichtlichkeit und Einheitlichkeit für die Arbeitsverhältnisse der unserer Verbände angeschlossenen Berufsgruppen erzielt worden, die als wertvolle Vorarbeit auf dem Wege des Zusammenschlusses angesehen werden kann. Unter dem Eindruck dieser Vorarbeit standen auch die jüngsten Vorstandskonferenzen der graphischen Verbände, die sich mit dieser brennenden Frage zu beschäftigen hatten. Ein erfreuliches Ergebnis dieser Beratungen liegt jetzt vor.

Die Verbandsvorstände der vier graphischen Verbände haben sich nach eingehenden Beratungen auf folgendes Vertragsverhältnis geeinigt:

Satzungen des graphischen Bundes.

I.

Die Organisationen der Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, Buchbinder und Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter schließen sich zu einem graphischen Bund zusammen zur gemeinsamen Förderung und Wahrung beruflicher und gewerkschaftlicher Interessen und zu dem Zweck, die notwendigen Vorarbeiten zur Schaffung eines graphischen Industrieverbandes auszuführen.

II.

Als Voraussetzungen zur Erreichung dieses Zieles werden anerkannt:

- a) der möglichst gleichartige innere Ausbau der beteiligten Organisationen;
- b) der möglichst reiflose Zusammenschluß aller graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren zuständigen Berufsorganisationen;
- c) die Durchführung möglichst gleichartiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

III.

Die Leitungen der unterzeichneten Verbände verpflichten sich deshalb im Sinne dieser Voraussetzungen zu wirken und

- a) bei allen sich bietenden Gelegenheiten für den möglichst gleichartigen inneren

Ausbau ihrer Organisation einzutreten und ihre Verwaltungskörper in diesem Sinne zu beeinflussen.

- b) auf ihre Gau- und Ortsverwaltungen dahin einzuwirken, daß diese sich bei der Agitation zur Werbung neuer Mitglieder gegenseitig unterstützen und die dem graphischen Bund angeschlossenen Organisationen auf unorganisierte Arbeitskräfte aufmerksam machen.
- c) durch Abschluß von Reichstarifen auf einheitlicher Grundlage und mit gleicher Arbeitszeit eine Einheitlichkeit in den Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen.

IV.

Als besondere Aufgabe bezeichnen die beteiligten Organisationen die Verständigung über die Regelung der Arbeitervertretungen für wirtschaftliche und sozialpolitische Tätigkeitsgebiete, die einheitlich für mehrere oder alle der beteiligten Organisationen durchgeführt werden können. (Betriebs- und Wirtschafts-räte, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Schiedsgerichte usw.)

V.

Zur Erledigung ihrer Aufgaben bestimmen die Vorstände der beteiligten Organisationen je 3 Vertreter, die nach Bedarf — jedoch mindestens einmal monatlich — zusammen-treten, um über die auftauchenden Fragen zu beraten, Beschlüsse darüber zu fassen und über die Durchführung der gefaßten Beschlüsse zu wachen.

VI.

Zur Leitung der Geschäfte des graphischen Bundes wählt dieser einen Vorsitzenden, einen Schriftführer und je einen Stellvertreter. Über die Verhandlungen ist ein Beschlußprotokoll zu führen, das den beteiligten Organisationen vom jeweiligen Schriftführer in je einem Exemplar zugestellt wird. Die Veröffentlichung dieses Beschlußprotokolls unterliegt besonderer Beschlußfassung.

VII.

Bei wichtigen Angelegenheiten treten die Vorstände der Verbände in ihrer Gesamtheit zusammen. Das hat vor allem zu geschehen vor Einleitung größerer Lohnbewegungen, Streiks, bei Aussperrungen und bei zentralen oder örtlichen Differenzen zwischen den angeschlossenen Organisationen. Letztere dürfen in der Öffentlichkeit nicht ausgetragen werden, solange sich nicht die örtlichen Kartelle oder die Leitung des graphischen Bundes mit ihnen beschäftigt und über sie Beschluß gefaßt haben.

VIII.

Begründete Anträge auf Einberufung einer Sitzung des graphischen Bundes oder der Gesamtheit der Vorstände der angeschlossenen Organisationen müssen beim jeweiligen Vorsitzenden des graphischen Bundes eingebracht werden, der die Einberufung der Sitzung umgehen-d zu veranlassen hat.

IX.

Zur Durchführung der im Sinne dieses Vertrages gelegenen Arbeiten werden allerorts örtliche graphische Kartelle gebildet, deren Aufgaben durch besondere Satzungen im Sinne dieses Vertrages geregelt werden.

X.

Alle aus dem graphischen Bund und den örtlichen Kartellen entstehenden Kosten werden von den beteiligten Organisationen selbst getragen, gemeinsame Kosten anteilig verrechnet. Berlin, den 17. November 1919.

Josef Seitz

Verband der Deutschen Buchdrucker

Johannes Haß

Verband der Lithographen und Steindrucker und verwandten Berufe

E. Hauelsen

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands

E. Pucher

Verband der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Satzungen für das graphische Kartell.
in

I.

Die Verwaltungsstellen der Verbände (Ort)

vereinigen sich zu einem graphischen Kartell, um im Sinne des Aufgabenkreises des graphischen Bundes tätig zu sein.

II.

Die dem Kartell angeschlossenen Organisationen sind verpflichtet:

- a) sich bei der Agitation zur Werbung neuer Mitglieder gegenseitig zu unterstützen,
- b) in Orten, in denen nur wenige Berufsangehörige vorhanden sind, deren Zahl zur Bildung von Ortsgruppen nicht ausreicht, die Agitation zur reiflosen Erfassung und die anfallenden Arbeiten zur Erhaltung der Mitgliedschaft derselben zu betreiben,
- c) bei Durchführung zentraler Abmachungen sich gegenseitig zu unterstützen und der örtlichen Regelung überlassene Angelegenheiten gemeinsam zu erledigen,
- d) bei Aufstellung von Kandidaten und Wahlen zu allen Instanzen der sozialen Versicherungs-Gesetzgebung (Krankenkasse, Landesversicherungsanstalt, Schiedsgerichte usw.) und der wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeiterschaft (Betriebs-räte, Wirtschaftsrate usw.) sich gegenseitig zu verständigen,
- e) zur Förderung des graphischen Industrieverbandes die örtlichen organisatorischen Einrichtungen unter Beachtung der statutarischen Bestimmungen der angeschlossenen Verbände möglichst gleichmäßig auszugestalten.

III.

Zur Durchführung dieser Aufgaben und zur Erledigung der aus diesem Kartellvertrag anfallenden Arbeiten entsendet die örtliche Verwaltung jeder der angeschlossenen Organisationen 2 Vertreter, die Kartelle wählen zur Leitung der Geschäfte aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Schriftführer.

IV.

Diese Vertretung der angeschlossenen Organisationen hält zur Erledigung der anfallenden Arbeiten nach Bedarf — jedoch mindestens einmal monatlich — Sitzungen ab.

V.

Begründete Anträge auf Einberufung einer Sitzung sind an den Vorsitzenden des Kartells zu richten, der zur umgehenden Erledigung des Antrags verpflichtet ist.

VI.

Über die Verhandlungen wird ein Beschlusprotokoll aufgenommen. Von wichtigen Aussprachen und Beschlüssen ist die Leitung des graphischen Bundes in Berlin durch den Vorsitzenden oder den Schriftführer des Kartells in Kenntnis zu setzen. Die Berichterstattung an die Zentralvorstände der angeschlossenen Organisationen ist Sache der einzelnen Verwaltungen.

VII.

Eine etwaige Veröffentlichung des Beschlusprotokolls unterliegt der vorherigen Beschlusfassung des Kartells.

VIII.

Bei wichtigen Angelegenheiten treten die örtlichen Verwaltungen in ihrer Gesamtheit zusammen. Das hat auch zu geschehen bei Differenzen zwischen beteiligten Organisationen, die in scheidlich-friedlicher Weise zu klären sind und in der Öffentlichkeit nicht ausgetragen werden dürfen, solange sie nicht die Gesamtheit der angeschlossenen örtlichen Verwaltungen und die Leitung des graphischen Bundes in Berlin mit ihnen beschäftigt und über sie Beschlus gefaßt haben.

IX.

Alle aus diesen graphischen Kartellen entstehenden Kosten werden von den örtlichen Verwaltungen selbst getragen, gemeinsame Kosten anteilig verrechnet.

....., den 19
(Ort)

Unterschriften:

Verband der Deutschen Buchdrucker.

*Verband der Lithographen und Steindrucker
und verwandten Berufe.*

*Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter
Deutschlands.*

*Verband der Buch- und Steindruckereihlfarbeiter
und -arbeiterinnen Deutschlands.*

Mit diesen Vereinbarungen treten die graphischen Verbände in ein Förderativverhältnis ein, welches nur noch gemeinsame oder unter Zustimmung aller Bundesglieder geleistete Arbeit zuläßt. In Zukunft wird daher keine der verbündeten Organisationen eigene Wege gehen können, sondern alle in Angriff zu nehmenden Arbeiten werden unter Mitwirkung aller beteiligten Verbände auszuführen sein. Damit ist endlich eine Einrichtung geschaffen, die eine gemeinsame Zukunftsarbeit der graphischen Berufsverbände gewährleistet. Die vorstehend abgedruckten Satzungen für die zentralen und lokalen Organe aller Verbände enthalten nicht nur ein Programm, sondern stellen in ihren einzelnen Paragraphen eine zur Arbeit verpflichtende Anweisung dar. Der Industrieverband ist mit diesem Bunde noch nicht verwirklicht, jedoch ist mit diesem vertraglich festgelegten Einrichtungen ein Übergangsorgan geschaffen, das aus sich selbst heraus den festeren und dauernden Zusammenschluß vorbereitet. Wir wollen uns heute nicht darüber verbreiten, ob ein solcher Bund eher möglich war oder nicht. Freuen wir uns, daß es zu einer Verständigung gekommen ist, ehe ein unmittelbarer Zwang zu einer solchen die Triebfeder war. Die Aufgabe aller graphischen Arbeiter ist jetzt, allerorts Kartelle zu bilden und sich bei dringlichen Arbeiten kräftigst zu

unterstützen. Als notwendige Vorarbeiten für den künftigen Industrieverband wird im § 2 der Satzungen der möglichst gleichartige innere Ausbau der beteiligten Organisationen gefordert. Wir wissen, daß die Ungleichheit der inneren Einrichtungen, hauptsächlich des Unterstützungswezens, ein wesentliches Hindernis des längst als notwendig erkannten Zusammenschlusses bildete. Es werden darum in gemeinsamen Beratungen Vergleiche über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Institutionen angestellt werden müssen, um einen allseitig befriedigenden Ausgleich in allmählicher, verantwortungsvoller Arbeit anzubahnen. Durch diese Tätigkeit wird, so hoffen wir zuversichtlich, das gegenseitige Verstehen bedeutend gefördert werden und die Durchführung möglichst gleichartiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse in beschleunigtem Tempo vor sich gehen, als es vielleicht jetzt geahnt wird.

Auch die ungleichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren bisher einem Zusammenkommen hinderlich. Durch die eingangs dieses Artikels bereits angeführte Arbeit unserer Organisation sind die hinsichtlich dieses Zustandes geäußerten Bedenken, soweit unser Verband in Frage kommt, nicht mehr stichhaltig. Große Unterschiede in der Entlohnung der einzelnen Berufsgruppen innerhalb unseres Verbandes existieren nicht mehr. Also auch hierin ist der Weg geebnet.

Ein Wort noch über die künftige Stellung unserer Organisation innerhalb des graphischen Bundes. Die hier und da vertretene Ansicht, wir beabsichtigten bei künftigen Bewegungen die Kraft der angeschlossenen größeren Organisationen für uns in Anspruch zu nehmen, bedarf einer unzweideutigen Interpretation. Unsere ganze Verbandsgeschichte zeigt, daß uns bei unseren bisherigen Kämpfen das Vertrauen in die eigene Kraft nie verlassen hat. Sowie wir bis jetzt bestrebt waren, nur bei uns günstig erscheinenden wirtschaftlichen Voraussetzungen die Mittel der Gesamtheit entschlossen einzusetzen, so werden wir in Zukunft bei ungünstiger Wirtschaftslage nicht beanspruchen, die Kräfte des graphischen Bundes zu unseren Gunsten mobil gemacht zu wissen. Die Zukunft gehört den gemeinsamen Interessen der gesamten graphischen Industrie. Sich diesen gemeinsamen Interessen unterzuordnen, erachten wir als die vornehmste Pflicht jedes Bundesgliedes. Nur dann sehen wir den graphischen Industrieverband in naher Zukunft gesichert, wenn den Einzelinteressen der beteiligten Organisationen nicht mehr die bisherige Bedeutung beigemessen wird, sondern wenn sich alle graphischen Arbeiter als Glieder der umfassenden gemeinsamen Organisation fühlen. Der erste Schritt zu diesem Ziele ist getan. An die Arbeit, dann kommen wir vorwärts!



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten
des Berufes.

Rückschau über unseren Verbandstag.

I.

In Nr. 48 der Graphischen Presse haben wir einen allgemeinen Überblick über die Verhandlungen unseres Verbandstages gegeben. Da bis zum Erscheinen des Protokolls noch einige Wochen verstreichen werden, wollen wir die einzelnen Tagesordnungspunkte etwas näher erläutern.

Der Punkt 1 der Tagesordnung, Wahlen des Bureau und der Kommissionen, sowie die Festsetzung der Geschäftsordnung, erledigte sich sehr schnell. Das Bureau kam der »Opposition« sehr weitgehend entgegen und ermöglichte ihnen, durch eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung selbständig Dringlichkeitsanträge einzubringen. Ebenso wurden in allen Kommissionen Vertreter der anderen Richtung hineingewählt und auch zu dem wichtigsten Punkt der Tagesordnung ein Korreferent aus ihren Reihen zugelassen. Als Unterlage zum Punkt 2 der Tagesordnung lagen die Berichte der Verbandsinstanzen in einem Bunde von 141 Seiten gedruckt vor. Entgegen der früheren Auffassung war diesmal den Delegierten drei Wochen vor dem Verbandstag dieser umfangreiche Bericht

zugegangen. In 14 Kapiteln erstattete der Verbandsvorstand Bericht über seine sechsjährige Tätigkeit. Der Punkt »Allgemeines« enthielt den Nachweis über die innere organisatorische Tätigkeit und die Erledigung der Aufträge, die die letzte Generalversammlung dem Vorstand erteilt hatte. Unter Abschnitt 2 wurde die Stellung des Verbandsvorstandes zur Kriegspolitik eingehend erläutert. Es wird hier nicht nur grundlegend die Auffassung dargelegt, die der Verbandsvorstand während der Kriegszeit vertreten hatte, sondern auch an der Hand der Tatsachen die Notwendigkeit nachgewiesen, daß die Gewerkschaften nur eine solche Politik erfolgreich betreiben könnten. In einem besonderen Kapitel werden dann die Kriegsmaßnahmen des Verbandsvorstandes geschildert, die zur Aufhebung der statutarischen Unterstützungen führten. Dabei kommt auch der Konflikt mit den Chemigruppen im Frühjahr 1915 zur eingehenden Erörterung. Im Abschnitt 4 wird die Vorarbeit für die Übergangswirtschaft geschildert und gezeigt, welche schwierigen Verhältnisse durch die Rückkehr der Krieger zu meistern waren. Der Abschnitt 5 über die gewerkschaftliche Tätigkeit des Verbandsvorstandes zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen umfaßt 20 Druckseiten des Berichtes. Die abgeschlossenen Tarifverträge, der Kampf um deren Abschluß und die Berufsverhältnisse der einzelnen Branchen werden gegeneinander abgewogen. Der Verbandsvorstand kam zu der Auffassung, daß die hier geleistete Arbeit für die Kollegen einen wesentlichen Fortschritt bedeutet und von allen Kollegen Anerkennung verdient. Im Kapitel 6 wird die Tätigkeit des Verbandsvorstandes in wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ausschüssen geschildert, die dem darniederliegenden Gewerbe manchen Vorteil gebracht hat. Auch die Arbeitsgemeinschaften werden im Abschnitt 7 besonders behandelt und erläutert. Im Kapitel 8 wird versucht, einen Ausblick über unsere Berufslage zu geben. Hier werden die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Branchen geschildert und versucht, einen Überblick zu geben, in welcher Richtung sich voraussichtlich die technische Entwicklung bewegen wird. Der 9. Abschnitt behandelt wichtige Vorgänge im Verbandsleben und bringt tabellarische Übersichten über die Entwicklung des Verbandes von 1891 bis 1918. Unsere Beziehungen zur internationalen Arbeiterbewegung werden im Abschnitt 10 behandelt. Es ergibt sich daraus, daß große Hoffnung besteht, die Internationale nicht nur neu aufzurichten, sondern auch umfangreicher zu gestalten. Kapitel 11 weist das Auf- und Absteigen der Mitgliederbewegung in den letzten 6 Jahren nach. Am 1. Juli 1914 zählte der Verband 16794 Mitglieder. In der Berichtsperiode sind 2365 mit und 1735 ohne Eintrittsgeld dem Verband beigetreten. Der Abgang umfaßt 545 Austritte und 2699 Ausschlüsse wegen Beitragsresten. Zum Militär sind insgesamt 12401 Mitglieder eingezogen. Am Schluß des Jahres 1918 waren 9582 Mitglieder vorhanden, die bis zur Tagung der Generalversammlung bereits auf über 17000 gestiegen sind. In der Lehrlingsabteilung waren am 1. Juli 1914 2152 Mitglieder vorhanden. Einen Zugang von 2148 steht ein Abgang von 3271 gegenüber, so daß am Schluß des vierten Quartals 1918 noch 1029 Mitglieder vorhanden waren. Auch diese Zahl ist bis zum Verbandstag wesentlich gestiegen. Unter den ausgeschiedenen Lehrlingen befinden sich 1396, welche gleich nach ihrer Ausleihe dem Verband beitraten und 522, die zum Militär eingezogen wurden. In einem besonderen Kapitel 12 werden unsere Toten geehrt. Groß ist die Zahl der Verluste, 1438 Kollegen sind im Felde gefallen, oder als Soldat gestorben. In der Heimat starben 551 Kollegen. Neben diesen unvergesslichen Kollegen wird auch derjenigen Kollegen gedacht, die im graphischen Gewerbe eine hervorragende Rolle gespielt haben. Wir nennen nur Döblin, Paula Thiede und Max Löblich als Vorsitzende graphischer Verbände. Von den Künstlern unserer Berufe verstarben der Meister der Photographie Rudolf Dührkopp-Hamburg, der Graphiker Otto Greiner-München, der Plakatmaler Süttelin-Berlin und viele andere mehr. Der Mitgliederbewegungen folgen im Abschnitt 13 die Kassenberichte. Die vielen niedergelegten Zahlen zu würdigen ist nicht jedermanns Sache und doch verlohnt es sich, sich darin zu vertiefen. Bei der Durchsicht ersieht der Kenner unschwer, wie notwendig die vorgeschlagenen Finanzoperationen des Verbandsvorstandes sind. Die Schlußseite enthält dann noch die erledigten Postsachen. 46580 diverse Positsachen sind in den 6 Jahren eingegangen und 64000 Briefe, Karten, Drucksachen und Pakete figurieren unter Ausgang. An Geldsendungen mußten 2203 erledigt werden. Der Bericht schließt mit dem Antrag der Revisoren auf Entlastung. Im Schlußwort faßt der Verbandsvorstand noch einmal zusammen, welche Gesichtspunkte ihn bei seiner Arbeit geleitet haben. Die Niederlegung der Mandate erfolgte mit dem Bewußtsein, daß auch die Kritiker diese umfangreiche und mühselige Arbeit anerkennen werden.

An die Berichte des Verbandsvorstandes schließen sich die Berichte des Zentral-Ausschusses, der Redaktion der Graphischen Presse und der Preßkommission. Der Zentralauschluß berichtet über 74 Sitzungen und 12 Konferenzen, auf denen er vertreten war. Ernste Differenzen mit dem Verbandsvorstand haben in der Berichtsperiode nicht

bestanden. Der Redakteur behandelt in knappen Umrissen das Aufgabenfeld der Presse, wie auch die organisatorische und finanzielle Seite des Verbandsorgans. Die Prefkommission berichtet zum Schluß über einige Beschwerden über die Redaktionsführung. Auch hier ist im allgemeinen immer eine Verständigung zwischen Beschwerdeführer und Redaktion erzielt worden.

Trotz dieser eingehenden Berichte haben die Vertreter der einzelnen Körperschaften auf dem Verbandstag noch mündliche Ergänzungen gemacht. Das Wesentlichste der Ausführungen hat die Graphische Presse bereits wiedergegeben. Einzelheiten werden im Protokoll nachzulesen sein.

In der Diskussion wurde, soweit die andere politische Auffassung zum Ausdruck kam, angeführt, was z. T. schon vor Jahrzehnten gegen die Gewerkschaften als Vorwurf erhoben wurde. Es wurde verlangt, daß die Gewerkschaften sich auch mit politischen Dingen beschäftigen müßten, und daß der revolutionäre Geist auch in den Gewerkschaften Einzug halten müsse. Die Kollegen verwahrten sich hier Politik mit Parteipolitik. Alles, was im übrigen in der Diskussion gesagt wurde, ist schon eindringlicher und umfangreicher bei anderen Verbandstagen und auf dem Gewerkschaftskongreß zum Ausdruck gebracht worden. Es war denn auch den Referenten im Schlußwort ein Leichtes, mit der Opposition fertig zu werden. Haß und Dornick wiesen darauf hin, daß keiner der Kollegen, die Kritik geübt hatten, auch nur versuchten, darzulegen, welche andere Gewerkschaftspolitik während der Kriegszeit hätte betrieben werden können, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Einwände der Kritiker wurden durch Zitate aus Äußerungen der großen Führer der deutschen Arbeiterschaft widerlegt. Aus Proklamationen der Volksbeauftragten in der ersten Zeit wurde nachgewiesen, daß, solange die Einigkeit nach der Revolution vorhielt, auch keine Meinungsverschiedenheit über den Wiederaufbau des deutschen Volkswirtschaftslebens bestanden hat. Die destruktiven Tendenzen, die vor dem Aufbau des Wirtschaftslebens erst alles vernichten wollten, sind in den Vordergrund getreten, als der Bruderkampf zwischen den politischen Arbeiterparteien in höchster Blüte stand. Auch für die Zukunft bleibt für die Gewerkschaften der planvolle, systematische und wohl vorbereitete Kampf gegen den Kapitalismus bestehen. Das Ziel ist die sozialistische Wirtschaftsordnung. Je schneller wir uns zur gemeinsamen Arbeit zusammenfinden, je wirksamer können wir in den Umwandlungsprozeß eingreifen.

Die Stuttgarter Kollegen unterbreiteten dem Verbandstage eine Resolution, die wir den deutschen Kollegen nicht vorenthalten wollen. Sie lautet: »Der Verband ist eine Kampfgewerkschaft zur Durchführung des Sozialismus, und diese Durchführung ist nur möglich auf dem Boden des Klassenkampfes. Der Zweck des Verbandes darf nicht mehr ausschließlich sein, die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern die Beseitigung der Ausbeutung der Arbeiterklasse.

War die Kriegspolitik, die den Klassenkampfdarakter der Gewerkschaften aufhob, schon ein Vernachlässigung für die Arbeiterklasse, so ist die Fortsetzung dieser Politik ein Verrat an der Arbeiterklasse.

Das einzige Gute, was die Novemberrevolution der Arbeiterklasse brachte, war die Möglichkeit, den Klassenkampf zur Durchführung des Sozialismus in versmarter Form zur Anwendung zu bringen. Doch die bürokratisierten, leitenden Instanzen der Gewerkschaften zeigten sich nicht elastisch genug, sich den Erfordernissen der Revolution anzupassen. Statt mit allen Mitteln für Weiterführung der Revolution einzutreten, suchten die Führer der Gewerkschaften weiteren Anschluß an die Kapitalistenklassen, durch Gründung von Arbeitsgemeinschaften.

Weder Tarife, noch Teuerungszulagen, noch Arbeitsgemeinschaften können die Arbeiterklasse aus der gegenwärtigen Not erheben. Allein die restlose Durchführung des Sozialismus vermag dies zu tun. Darum muß die Taktik des Verbandes einzig und allein auf dieses große Ziel eingestellt werden.

Nur eine Gewerkschaft, die dies Ziel unverrückbar verfolgt, kann als ein würdiges Glied der revolutionären Arbeiterbewegung betrachtet werden.

In dieser Resolution werden die verschiedensten Aufgaben und Gedankengänge durcheinander gewürfelt. Den Gewerkschaften werden Aufgaben zugewiesen, die sie nach ihrer ganzen Stellung im Wirtschaftsleben niemals erfüllen können. Die Ablehnung aller Tarife und Teuerungszulagen und die Verneinung der Zusammenarbeit in Arbeitsgemeinschaften würde uns, wenn diese Resolution zur Annahme gelangt wäre, in Zeiten zurückversetzen, die wir seit drei Jahrzehnten überwunden haben. Nur eine kleine Zahl der Delegierten stimmte für diese Resolution.

Nach der Ablehnung wurde dem Verbandsvorstand für seine große und in der Hauptsache erfolgreiche Tätigkeit einstimmig Entlastung erteilt. Die ein tägige Diskussion klarte die Auffassungen und so fanden sich alle Delegierten in der Anerkennung, daß die Verbandsinstanzen ihr möglichstes getan haben, um die Interessen unserer Kollegen zu vertreten.

Die wichtigsten Entschlüsse unseres Verbandstages.

Nachdem wir an anderer Stelle einen Rückblick über die Tagung bringen, wollen wir nur die allerwichtigsten angenommenen Resolutionen und Anträge wiedergeben.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: **Tarif- und Lohnbewegungen** wurde folgendes beschlossen:

»Der Verbandstag billigt den Abschluß der Zentraltarife, obwohl dieselben nur teilweise befriedigen, und ermächtigt den Verbandsvorstand, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Mitglieder werden aufgefordert, die Anweisungen des Verbandsvorstandes aus freier Entschlußung anzuerkennen. Die bestehenden Orstarife im Porträtfach entsprechen in vielen Fällen nicht den berechtigten Ansprüchen der Gehilfen und Gehilfinnen. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, auch für diesen Beruf einen Zentraltarif abzuschließen.

Verbandsvorstand, Beirat und die in Betracht kommende Zentralkommission bzw. Branchenkongresse haben vor Ablauf der Tarifdauer die gemachten Erfahrungen zu prüfen und notwendige Änderungen zu beschließen.

Sobald die Berufslage sich bessert, ist mit allen Kräften dahin zu wirken, daß ein der Berufsarbeit entsprechender Lohn erreicht wird.

Mit dem anzustrebenden graphischen Industrieverband ist auch auf den Abschluß eines Rahmenvertrages für das gesamte graphische Gewerbe hinzuwirken.

Die erstrebenswerte Voraussetzung hierzu erblickt der Verbandstag in einem Einheitslohn aller im Verband vereinigten Berufe durch organische Zusammenfassung jetzt bestehender Verträge.

In Verbindung mit einem Antrag vom Gau Nordbayern, Nürnberg und Fürth, der die Einrichtung von Fachschulen und die strikte Einhaltung der Lehrlingszahl fordert, wurde nachstehende Resolution, **Hamburg**, angenommen:

»Die Magdeburger Generalversammlung erklärt, daß eine durchgreifende Umgestaltung des gesamten Lehrlingswesens eine unbedingte Notwendigkeit ist. Es muß unsere erste Aufgabe sein, die werdende Menschheit für den Sozialismus reifer zu machen. Darum gehört die Ausbildung der werdenden Arbeiterschaft nicht in die Hände der Privatunternehmer allein.

Wir fordern vielmehr: Heraufsetzung des schulpflichtigen Alters bis zum 16. Lebensjahr. Davon sollen die zwei letzten Jahre für die Berufsausbildung bestimmt sein. Wir fordern daher die Angliederung der Fachschule an die Volksschule. Die Wahl der Fachlehrer geschieht unter Mitwirkung der Berufsorganisationen. Nach dieser Vorbereitung genügt für die praktische Lehrzeit im Privatbetrieb eine Lehrzeit von zwei Jahren.

Die Teilnehmer der Generalversammlung verpflichten sich, in diesem Sinne in ihren Kreisen zu wirken, bis die Vorbedingungen für die Heranbildung einer tüchtigen Nachkommenschaft gesichert sind.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: **Die Neuordnung des Statuts**, wurde neben der **Beitragsserhöhung auf 2 Mk. — bzw. 1.20 Mk. usw. pro Woche und der Regelung der Unterstützungen**, ein Antrag angenommen, »der den Verbandsvorstand beauftragt eine Urabstimmung zwecks Beitragsserhöhung (über 2 Mk. hinaus) in die Wege zu leiten und hierzu Vorschläge auszuarbeiten.« Die zu Punkt 5 der Tagesordnung, **Unsere Aufgaben in der Zukunft**, angenommene Entschlußung hat folgenden Wortlaut: »Der Verbandstag begrüßt die Revolution als den ersten Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Gesellschaftsordnung. Er erkennt an, daß die Arbeiterschaft bei diesem Umwandlungsprozeß die Tätigkeit der Gewerkschaften nicht entzöhen kann.

Als notwendig und im Sinne dieser Entwicklung liegend, ist der Zusammenschluß der bestehenden Gewerkschaften zu Industrieverbänden anzusehen. Der Verbandstag erblickt in der Vereinigung aller graphischen Verbände ein Mittel, um die Interessen unserer Mitglieder wirksamer als bisher wahrnehmen zu können. Der von den graphischen Verbandsvorständen herbeigeführte Zusammenschluß im Graphischen Bund kann daher nur als erste Maßnahme billigung finden. Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, auch weiter für den vollständigen organisatorischen Zusammenschluß zum Industrieverband zu wirken und die Mitglieder über den Verlauf der Verhandlungen ständig zu unterrichten.

Der Verbandstag fordert zur Durchführung der Betriebsdemokratie Betriebsarbeiterräte mit weitgehenden gesetzlichen Rechten. Diese können ihre Aufgabe aber nur dann erfüllen, wenn ein inniges Zusammenwirken mit den Gewerkschaften erfolgt. Den in Bezirken gewählten Arbeiterräten und den Vertretern in Wirtschaftskammern ist eine ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben entsprechende Stellung gesetzlich einzuräumen, damit sie für die Herbeiführung der Gemeinwirtschaft wirken können.

Der Verbandsvorstand hat im Einverständnis mit seinem Beirat Einrichtungen zu fördern und zu unterstützen, um unsern Kollegen, die als Betriebs- und Arbeiterräte tätig sind, Fortbildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Unter dem Punkt 6: **Die Internationale und unsere Stellung**, wurde mit der nachfolgenden Reso-

lution gegen die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen protestiert. »Aus der furchtbaren Tatsache heraus, daß mehr als ein Jahr nach dem Abschluß des Waffenstillstandes noch eine große Anzahl unsern Kollegen in der Sklaverei der Gefangenschaft schmachtet, erhebt der X. Verbandstag der Lithographen, Steindruckers und verw. Berufe lauten Protest gegen die noch immer andauernde Zurückbehaltung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Der Verbandstag erblickt in dem Verhalten der französischen Machthaber gegenüber den deutschen Kriegsgefangenen einen Hohn auf Kultur und menschliche Gesittung.

Der Verbandstag richtet deshalb an die Arbeiterschaft aller Länder und insbesondere an die Berufskollegenschaft in den außerdeutschen Ländern die Aufforderung, ihre Stimmen mit den deutschen Arbeitern zu vereinen zum gemeinsamen Protest gegen die Kulturschmach, die sich in dem Verhalten der französischen Machthaber dokumentiert.

Im besonderen aber wendet sich der Verbandstag an die französische Arbeiterschaft mit der Aufforderung, ihrerseits auf die Regierung ihres Landes nun endlich einen energischen Druck auszuüben, daß diese sich auf die Pflichten besinnt, die der Regierung eines Kulturstaates obliegen.

Der Verbandstag erachtet es auch als seine Pflicht, die französischen Arbeiter auf die Tatsache hinzuweisen, daß die deutschen Kriegsgefangenen nur zurückgehalten werden, um den französischen Kapitalisten durch billige Sklavenarbeit Riesenerlöse zu erarbeiten und zugleich durch dasselbe Mittel die französischen Arbeiter zu verhindern, sich einen höheren Anteil am Ertrag ihrer Arbeit zu sichern.

Der Verbandstag fordert deshalb in erster Linie die französischen Arbeiter auf, sich unserm Protest anzuschließen, um die die französische Nation beleidigende und kulturwidrige Schmach der Gefangenenzurückhaltung aus der Welt zu schaffen.

Bei der Beratung des Punktes 7: **Allgemeine Anträge** wurde der Antrag des Verbandsvorstandes wie folgt abgeändert und angenommen:

»Die Entschadigungen für die Mitglieder der Ortsverwaltung sollen betragen: für den Vorsitzenden und Kassierer, soweit kein Angestellter die Geschäfte führt, je 1 1/2 Prozent der Einnahmen aus den Vollbeiträgen. Die übrigen Mitglieder der Ortsverwaltung, sowie Verbands- und Tariffunktionäre erhalten Aufwandsgehälter für versäumte Arbeitszeit und eine örtlich bemessene Entschadigung für jede Sitzung.

Außerdem ist noch nachstehender Antrag angenommen worden:

»Der Verbandsvorstand wird beauftragt, die Verhandlungen mit dem Unterstützungsverein Senefelder auf der Grundlage der durch die beiderseitigen Verhandlungsteilnehmer im Juli dieses Jahres gefaßten Entschlußung weiter zu führen, jedoch dürfen unter keinen Umständen weitergehende Zugeständnisse gemacht werden.«

Aus diesen Beschlüssen ergeben sich die Richtlinien und Aufgaben, welche der Verband künftig einzuhalten und zu erfüllen hat.

Bericht vom Gautag des Gaus IV.

Leise rieselte der erste Schnee hernieder, als unsere Delegierten in der Frühe des 2. Nov. dem Kölner Volkshauses zueilten.

Um 9,30 Uhr eröffnete Kollege Bauknecht die Tagung.

Die Tagesordnung lautet:

1. Geschäftsbericht des Gauvorstandes und Lohnbewegungen.
2. Statut und Anträge zur Generalversammlung.
3. Wahl des Gauvorortes.
4. Bestimmung des nächsten Gautages.
5. Jugendbewegung, Arbeitsnachweis und Stellungnahme zur Photographenbewegung.

Seit fünf Jahren sind wir nicht mehr zusammengekommen, der letzte Gautag im Juli 1914 war umfloh von den Fackeln des Weltbrandes. Die Kriegsjahre sind vorübergerauscht; nicht alle, die damals hinausgezogen, sind heimgekehrt; wir ehren ihr Andenken, indem wir uns von den Plätzen erheben.

Der Zusammenbruch des alten Regimes hat neue Verhältnisse und Möglichkeiten gebracht. Vor allem einen gesteigerten Einfluß der Arbeiterklasse. Durch unsere Niederlage sind wir der Entente gegenüber in wirtschaftliche Abhängigkeit geraten. Inbezug auf die Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln sind wir auf die Hilfe unserer bisherigen Feinde angewiesen.

Wollen wir uns wirtschaftlich befestigen, so dürfen wir in Zukunft nur das dringend nötige einführen.

Die linksradikalen Bestrebungen sind nicht durchführbar, wir dürfen unser Wirtschaftsleben keinen weiteren Erschütterungen aussetzen, müssen vielmehr unsere ganze Aufmerksamkeit den drohenden Nöten des kommenden Winters zuwenden. Die Kohlennot nimmt immer größeren Umfang an, die Armeisten der Armen werden an härtesten darunter zu leiden haben.

Kollege Rebholz-Köln begrüßte die Delegierten und verlieh dem Wunsche Ausdruck, daß die Verhandlungen zur wirksamen Förderung unserer Interessen beitragen möchten.

Kollege Bauknecht gab sodann den Geschäftsbericht und dankte dem alten, verdienten Kollegen Kröpfgans für die treue, aufopferungsvolle Arbeit, die er während der Kriegszeit für den Verband geleistet hat.

Im November 1918 arbeitete der größte Teil der Kollegen zu Friedenslöhnen. Unter dem Druck der Verhältnisse besserte sich rasch der gewerkschaftliche Zusammenschluß und es machte sich recht bald notwendig, in Lohnbewegungen einzutreten.

Seit 1901 erstreben wir tarifliche Verhältnisse, scheiterten mit unseren Bemühungen jedoch vielfach an dem starren, gewerkschaftsfeindlichen Sinn der Unternehmer. Die politische Umwälzung hat auch in diesen Kreisen den Willen zu Verhandlungen geweckt und es war möglich, eine ganze Reihe von Tarifverträgen abzuschließen. Es war dagegen nicht möglich, alle so verschiednen gearteten Verhältnisse zu berücksichtigen und haben infolgedessen diese Vereinbarungen eine restlose Befriedigung nicht gefunden. Vor allem mußte darauf gesehen werden, die in manchen Orten besonders rückständigen Verhältnisse gründlich aufzubessern. Nur zentrale Kollektivverträge sind imstande, da ausgleichend zu wirken. Jene edle Solidarität, die hinausreicht über das örtlich begrenzte Interesse, kann den lohnrückdrückenden Tendenzen entgegenwirken, die sich aus den ungünstig gelagerten Verhältnissen abgeleitet ergeben.

Örtliche graphische Kartellverträge vermögen nicht, diese Durchschnittslinie zu treffen, sind nicht fähig, der Gesamtheit der Berufsangehörigen erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Die alte, bewährte Gewerkschaftspolitik bietet der Arbeiterklasse die sicherste Gewähr des Aufstiegs und der endlichen Überwindung des kapitalistischen Systems. Entschloß sich jedoch die Arbeiterschaft für die Anwendung einer Gewaltpolitik, so arbeitet sie damit unfehlbar der Reaktion in die Hände. Die politische Umwälzung hat eine Fülle von Aufgaben gebracht, deren Lösung Erkenntnis und Einsicht verlangen. Probleme sind benennend geworden, die bisher in weiter Ferne lagen. Wir müssen eine große Aufklärungsarbeit leisten, denn noch hat die Volksmehrheit nicht für den Sozialismus entschieden; 13 Millionen proletarischer, stehen 19 Millionen bürgerlicher Stimmen gegenüber.

Die gegenwärtige Lage im deutschen Wirtschaftsleben wird wesentlich beeinflusst durch das Loch im Westen und den ungünstigen Stand unserer Valuta. Alle Lohnerhöhungen sind nicht imstande, die ständig steigenden Kosten des Lebensunterhaltes wettzumachen.

Über die Tätigkeit im Gau seit dem Weggang des Kollegen Bauknecht berichtete sodann der Kollege Reibholz. Die Sonderbestrebungen im besetzten Gebiet haben sich auch auf dem wirtschaftlichen Kampfboden stark bemerkbar gemacht. Der Patriotismus einzelner Unternehmer wird grell beleuchtet durch die Inanspruchnahme der Besatzungstruppen gegenüber einer Arbeiterschaft, die durch die bittere Not gezwungen ist, Lohnforderungen zu stellen.

Der Tarif, den wir mit dem linksrheinischen Schutzverband abgeschlossen, brachte im wesentlichen die Ergebnisse des Zentraltarifs und hob vor allem ganz bedeutend die Lohnverhältnisse der kleinen Orte. Unser Bestreben wird sein, diese sonderbündlerischen Bestrebungen aus der Welt zu schaffen. In der Debatte gaben die Delegierten ihre Berichte; klar kam der Wille zum Tarif zum Ausdruck. Die Kritik, die geübt wurde, wird dazu beitragen, eine immer bessere Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsvertrags zu erstreben. Eine Anzahl bisher christlich organisierter Kollegen ist zu uns übergetreten, in der Überzeugung, hier eine energische Vertretung ihrer Interessen zu finden.

Die Frage der Heimarbeiter wird immer dringender. Eine Reihe Privatretuschreie ist vorhanden, die drückend auf die Berufsverhältnisse der Chemigraphen wirken. Die Firmen erhalten die Retuschen weit billiger als im eigenen Betrieb hergestellt und übertragen zudem einen Teil der Geschäftsumkosten dem Heimarbeiter. Wir müssen diesem Krebsgeschwür mit aller Energie entgegenarbeiten.

Punkt 2 der Tagesordnung, der die Konzentration der gestellten Anträge zum Verbandstag herbeiführen sollte, wurde dieser Aufgabe voll gerecht.

Als Gauvorort ist wiederum Köln a. Rh. bestimmt. Zur Besetzung der freigewordenen Gauleiterstelle vertrat der Gautag den Standpunkt, daß aus den anwesenden Delegierten dem bevorstehenden Verbandstag ein Kandidat in Vorschlag gebracht wird. Nachdem Kollege Habert-Solingen zurücktrat, wurde Kollege Reibholz-Köln einstimmig nominiert. Unter Punkt Verschiedenes wurde eine straffere Handhabung des Arbeitsnachweises und des Auskunftsweises gefordert, für die Photographen- und Jugendbewegung einige agitatorische Direktiven erteilt, sowie als nächster Tagungsort Düsseldorf vorgesehen.

In seinem Schlußwort faßte Kollege Bauknecht das Ergebnis der Verhandlungen zusammen, erörterte die Photographenbewegung, die noch in den Anfängen steckt. In verschiedenen Orten würden Tarifverträge abgeschlossen, leider ist der gewerkschaftliche Indifferentismus in den Kreisen der Photographenkollegen sehr verbreitet.

Die Jugendpflege ist eine Frage, der wir erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Der berufliche Nachwuchs soll möglichst Förderung erfahren. Die

Ausbildung muß auf eine Grundlage gestellt werden, die die Heranbildung leistungsfähiger Gehilfen sichert. Unsere Tätigkeit muß darin bestehen, klar denkende, aufrechte Menschen, überzeugte Gewerkschaftler zu erziehen. Gewinnen wir die rechten Kräfte für diese Arbeit, dann schaffen wir die beste Grundlage für künftige gewerkschaftliche Tätigkeit.

Kollege Reibholz widmet dem scheidenden Kollegen Bauknecht warme Worte des Abschiedes. Wir rufen unserem langjährigen Gauleiter ein herzliches Lebewohl zu und wünschen ihm ein eifrigerer erfolgreicher Wirksamkeit im Dienste der Allgemeinheit.

Nach Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung war um 8 1/2 Uhr die anregend verlaufene Tagung beendet.

R. H.

Ein deutsches Tarifarchiv.

Seit dem Abkommen vom 15. November 1918, in welchem die Zentralverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart hatten, daß die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen und die Verhandlungen hierüber ohne Verzögerung und schleunigst zum Abschluß zu bringen seien, hat ein ungeheurer Aufschwung des Tarifvertragswesens eingesetzt, zumal nachdem durch Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 einige der dringlichsten Fragen des Tarifvertragsrechts vorläufig geregelt worden waren. Sind es bislang im wesentlichen nur die handwerksmäßigen Betriebe gewesen, in denen der Tarifvertrag zu Hause war, so überbieten sich jetzt Handwerk und Großindustrie, Handel und Landwirtschaft, Arbeiter und Angestellte im Abschluß von Tarifverträgen. Immer weitere Kreise werden von Tarifverträgen erfaßt, immer zahlreicher werden die Gegenstände, über die in diesen Vereinbarungen Bestimmungen getroffen werden. Bei dem von Tag zu Tag wachsenden Umfange des Tarifvertragswesens ist es begreiflich, daß die Verträge untereinander oft größere Verschiedenheiten zeigen, als durch berufliche oder örtliche Besonderheiten gerechtfertigt erscheint. Im Interesse einer gesunden sozialen Entwicklung aber liegt es, wenn sich zwischen den Abmachungen der verschiedenen Verträge soweit möglich ein Ausgleich vollzieht. Das gilt nicht nur für die Lohnsätze, sondern nicht weniger auch für den übrigen Inhalt der Tarifverträge, indem gute und erprobte Bestimmungen möglichst Allgemeingut aller Verträge, überholte und nicht bewährte Vereinbarungen aber nach Möglichkeit vermieden werden. Das ist nur möglich, wenn eine zentrale Stelle besteht, die möglichst sämtliche in Deutschland abgeschlossenen Tarifverträge sammelt und übersichtlich ordnet und den Beteiligten jederzeit die Einsichtnahme und Verwertung ihres Materials gestattet. Zwar befaßt sich schon eine Reihe von Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in größerem oder geringerem Umfange mit der Sammlung von Tarifverträgen; so begrüßenswert eine solche Sammelstätigkeit auch ist, sie kann doch bestenfalls nur den Erfolg haben, daß die im Organisationsbereiche der betreffenden Verbände abgeschlossenen Tarifverträge erfaßt werden, eine zentrale Sammlung wird dadurch nicht überflüssig gemacht. Auch kann private, von Interessentenkreisen ausgehende Sammelstätigkeit niemals ein amtliches Archiv ersetzen. Nur eine solche unparteiische Einrichtung wird auch das Maß von Vertrauen in allen sozialen Schichten genießen, das für ein gedeihliches Wirken der Sammlung notwendig ist, vor allem, wenn es sich darum handelt, zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zur Herbeiführung von Tarifverträgen zuverlässige Unterlagen zu liefern.

Aus diesen Erwägungen heraus ist zu Beginn dieses Jahres bei dem Statistischen Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik, dem die jährliche Tarifstatistik obliegt und dem aus diesem Grunde schon bisher alljährlich die im Laufe des vorhergehenden Jahres abgeschlossenen Tarifverträge zuzugingen, ein Tarifarchiv entstanden, das sämtliche im Gebiete des Deutschen Reiches zustande gekommenen Tarifverträge möglichst bald nach ihrem Abschlusse zu erfassen und zu ordnen anstrebt. Dieses Archiv ist nicht zu verwechseln mit der Sammlung von allgemein verbindlichen Tarifverträgen, die sich beim Reichsarbeitsministerium als Zubehör des Tarifregisters befindet und nur einen kleinen Kreis der Tarifverträge enthält. Das beim Statistischen Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik, eingerichtete Archiv umfaßt hingegen nicht nur die allgemein verbindlichen, sondern auch die große Masse der übrigen Tarifverträge und enthält zurzeit bereits über 2500 in diesem Jahre abgeschlossene Verträge. Anspruch auf Vollständigkeit aber kann es nur machen, wenn es sich auf die Mitwirkung aller am Abschlusse von Tarifverträgen beteiligten Personen und Verbände stützen kann und diese ihm Abschriften oder Abdrucke der von ihnen abgeschlossenen Verträge möglichst bald übersenden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß durch Pressemitteilungen, die zudem den Tatsachen oft voraussetzen, nur ein kleiner Teil der zustande gekommenen Tarifverträge bekannt wird.

Es wird nicht verkannt, daß die Einsendung der Verträge für die ohnedies stark in Anspruch ge-

nommenen Verbandsvorstände eine Belastung darstellt; es steht aber zu hoffen, daß, wenn sich erst die Auffassung von der Bedeutung eines solchen Archivs bis in die kleinsten Ortsstellen hinein verbreitet hat, sich die jetzt oft nötigen zeitraubenden Rückfragen und Anforderungen der Zentralvorstände an die Unterverbände erübrigen werden. Andererseits dürfte die Benutzung eines solchen der Allgemeinheit geöffneten Archivs, das besondere Verbandsarchive, wenn auch nicht überflüssig macht, so doch wirksam ergänzt, die Arbeit der Verbände auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens wesentlich erleichtern und dadurch die mit der regelmäßigen Belieferung des Tarifarchivs verbundene Mehrarbeit reichlich aufwiegen. Nur dann, wenn alle mit dem Abschluß von Tarifverträgen befaßten Organe sich des hohen Wertes eines deutschen Tarifarchivs bewußt sind und diesem ihre Unterstützung leihen, kann es von wesentlichem Nutzen für die Weiterbildung des Tarifvertragswesens und die Befestigung des sozialen Friedens sein.

Soziale Fragen in Amerika.

Gleich wie Europa hat auch Amerika seine Schwierigkeiten mit der Lösung der sozialen Fragen, unter denen die hohen Preise (high cost of living) und die Löhne gleich wie hier den größten Platz einnehmen. Mit Hinsicht auf den Arbeitslohn vertritt man den richtigen Standpunkt, daß kein hoher oder niedriger Arbeitslohn existiert. Der Arbeitslohn ist, wie man dort sagt, keine absolute, sondern eine relative Größe. Er kann nicht nach Dollars gemessen werden, sondern nach seiner Kaufkraft. Er ist niedrig — gleichgültig, wieviel Dollars er beträgt — wenn er Produktion ergibt, er ist hoch, wenn keine ordentliche Arbeit dafür geleistet wird. Ein Arbeitslohn, für den keine vollkommene Arbeit geleistet wird, muß zum Preise für das fertige Produkt geschlagen werden und wird eventuell auch den Preis für alle anderen Waren heben, so daß der Lohnarbeiter, und wenn er selbst als Käufer auftritt, bemerkt, daß sein Lohn nicht ausreicht. Der Mensch, der keine Arbeit leistet, ist nicht besser als müßiges und schlechtes Kapital (Verwässerung des Aktienkapitals), das auch keine Arbeit leistet.

Ist man sich so in Amerika (wie in Europa auch) darüber klar, daß nicht die Höhe des Arbeitslohnes, sondern die Größe der Produktion das ausschlaggebende ist, so hat man andererseits seine Bestrebungen dahin gerichtet, den hohen Preisen zu Leibe zu gehen. »High cost of living« und noch mehr »profiteering« (was wir Warenwucher nennen), sind die beiden Hauptübel, gegen die sich alle Angriffe richten. Mit dem Kleinhändler, der zu hohe Preise in seinem Laden nimmt, wird man sehr schnell fertig. Er wird »ausgehängt«, das heißt, er hat die Wahl, ob er ins Gefängnis wandern will oder in seinem Geschäft ein großes Plakat aufhängen läßt, in dem er seinen »geehrten Kunden« mitteilt, daß sie das Geld zurückbekommen, wenn sie den Beweis liefern, daß sie zuviel bezahlt haben (alte Rechnungen darf man also ebenso wenig wie hier wegwerfen) und er gelobt des weiteren, daß er von nun an »ehrliche Preise« für seine Waren nehmen will. Daß der Sünder in neun von zehn Fällen den Pranger — so peinlich er ist — dem Gefängnis vorzieht, ist anzunehmen.

Schwieriger liegen natürlich die Verhältnisse, wenn es sich um Landwirtschafts- und Industrieerzeugnisse handelt und man kann nicht behaupten, daß das Problem hier gelöst ist. Die Regierung hat ganz gewiß einen Schritt vorwärts getan, indem sie die großen Vorräte an Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen auf den Markt warf, die mit dem Abschluß des Krieges und der Rückkehr der Truppen überflüssig wurden und in vielen Städten, besonders in New York, können die Minderbemittelten gewisse Rationen billigen Reis, Mehl, Kaffee, Konserven, Bettzeug, Unterkleidung usw. kaufen. Natürlich hatte diese Verteilung ihr gutes, aber sie bedeutet in dem großen Staatshaushalt sehr wenig und ihre Wirkung kann nur vorübergehend sein. Man sucht nach anderen und besseren Methoden und die Regierung sowie die Gouverneure der einzelnen Staaten haben einen Ausschuß eingesetzt, der die Aufgabe hat, Vorschläge auszuarbeiten.

Eine sehr interessante Berechnung liegt von zwei angesehenen Männern vor (Exgouverneur Marlin H. Glynn und Dr. John H. Finley), die auf Ersuchen des Gouverneurs des Staates New York die Aufgabe hatten, zu untersuchen, wie die Preise für Milch sich in den verschiedenen Städten stellen. Man kam zu dem Resultat, daß der Preis für Milch in New York, der 16 Cts. für ein Quart beträgt, 2 Cts. höher war als in der Stadt Philadelphia, was bedeutet, daß die Bürger von New York jährlich ca. sechshalb Millionen Dollars mehr für Milch bezahlen als die Philadelphier für dasselbe Quantum bezahlt hatten. Die Berechnung berücksichtigt natürlich, daß die Milchverteilung in einer Stadt wie New York mehr kostet als in Philadelphia, trotzdem muß etwas faul sein an einem System, das New York jährlich 6 Millionen Dollars mehr kostet als Philadelphia, und die Sache ist deshalb wichtig, weil es sich um das allerwichtigste Lebensmittel handelt. Das System muß von Grund

auf reformiert werden und wenn der Preis nicht auf andere Art heruntergeht, müssen die Gemeinden die Sache selbst in die Hand nehmen und die Verteilung dieses Lebensbedürfnisses übernehmen. Von einer anderen Stadt — La Crosse in Wisconsin — kommt die Mitteilung, daß man dort die Milch zu 8 Cts. für ein Quart verkauft, also zur Hälfte des New Yorker Preises, indem man den direkten Weg von den Pächtern zu den Verbrauchern benutzte. Die Pächter benutzen nämlich gewisse Läden, die der Kommune gehören und in der Stadt verstreut liegen, wo die Milch gesammelt, vom Gesundheitsamt der Stadt kontrolliert und direkt an die Hausfrauen verkauft wird. Mit Umgehung der Milchkompanien, Milchhändler und anderen Lebensmittelverteilern, die über das System aufgebracht sind, soll es zur Zufriedenheit der Bürger seit Februar 1918 arbeiten.

Mit Hinsicht auf die Industrie liegt ein sehr interessanter Bericht von einer Konferenz der Arbeitgeber, »Society of Friends« vor, der in »Athlantic Monthly« veröffentlicht wurde, und in dem es heißt, daß als überschüssiger Verdienst (surplus profit) der Rest verstanden wird, der verbleibt, wenn Arbeiter und Betriebsleiter (Fabrikanten oder Direktoren) ihren angemessenen Lohn bekommen haben, wenn das Kapital eine normale Verzinsung erhalten hat, die dem Risiko entspricht, dem es ausgesetzt ist, und wenn für die Reserven gesorgt ist, die für die Sicherheit des Unternehmens notwendig sind und für seine weitere Entwicklung. Diese überschüssigen Verdienste, heißt es weiter, »dürfen in ihrer ganzen Größe weder dem Eigentümer des Unternehmens noch den Arbeitern zugekommen. Die Gesellschaft — die Konsumenten, haben auch Anspruch auf einen Teil des Überschusses. Die Warenpreise sollen stets in einem gesunden Verhältnis zum Betriebsüberschuß des Unternehmens stehen und der Staat muß dafür in jedem Falle eingreifen, wo die Warenpreise eine solche Höhe erreichen, daß sie zu Monopolpreisen werden.«

In diesem Vorschlag ist derselbe gesunde Gedanke, den man sonst überall in der Welt wiederfindet, der dazu berufen ist, Ordnung in das jetzige Chaos zu bringen, nämlich die Zusammenarbeit.

Die gemeinschaftliche Arbeit (cooperation) zwischen Kapital, Arbeitern und Verbrauchern ist die Lösung des Tages geworden und wo die drei Faktoren sich in Einigkeit gefunden haben, ist es gut. In einem Buch (What happened to Europe), das vor einigen Monaten herauskam und von Frank A. Vanderlip geschrieben ist, der bis vor kurzem erster Direktor der National City Bank in New York war, wird auch die soziale Streitfrage sehr eingehend behandelt. In Übereinstimmung mit anderen freigesinnigen Männern in der Welt macht sich Vanderlip zum Sprecher für die neuen Ideen, die den Weg zeigen, den die Entwicklung gehen wird. Er spricht von dem Frieden, der in der Industrie gefordert wird, und der nur möglich sein wird unter den drei Ecksteinen: Zufriedenheit, Kooperation und Produktion. Er sagt unter anderem: »Sie (die Arbeiter) wünschen weder an der Leitung des Unternehmens teilzunehmen, noch die Verantwortung dafür zu übernehmen. Was sie wünschen, ist ein Mitbestimmungsrecht in ihren eigenen Sachen, so außer dem Lohn auch die Disziplin in der Werkstatt, Werkstattordnung, Annahme und Entlassung von Arbeitern und Vorarbeitern, Ferien, Ordnung der Arbeitszeit, Hygiene, Kantinenwirtschaft etc. Mit anderen Worten, die Arbeiter wünschen geleitet statt getrieben zu werden und sie wünschen, daß ihre Leiter ihnen ein solches Vertrauen erweisen, daß sie ein Verständnis von der großen gemeinsamen Arbeit haben, die im Betrieb geleistet wird. Er meist weiter, daß es unbillig ist, wenn man mit den Arbeitern nur redet, wenn Uneinigkeit zwischen beiden Parteien herrscht, man soll im Gegenteil regelmäßig mit ihren Vertretern Konferenzen haben und mit ihnen in aller Freundschaft über die Sachen sprechen.

Wenn in Amerika mit seiner verschiedenartigen und zersplitterten Bevölkerung, die sich zu einem Teil aus Elementen zusammensetzt, die früher unterdrückt und niedergehalten waren in Europa und nicht zum Sonnenlicht emporblicken konnten, es möglich war, eine so gute Ordnung und Disziplin zu erreichen, so muß man die gerechte und geschickte Politik, die das zuwege brachte, bewundern. Und wenn man dann das wertvolle Menschenmaterial, die durchgängig hoch entwickelte Arbeiterschaft in Europa betrachtet, so kommt man zu dem Schluß, daß viele der sozialen Widerwärtigkeiten, unter denen unsere Gesellschaft leidet, überflüssig wären und daß in Zukunft bei beiderseitigem guten Willen eine Gemeinschaftsarbeit möglich sein wird.

F. H.

Ortsberichte.

Erfurt. Die am 12. d. Mts. stattgefundenen Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle war sehr gut besucht. Es ist endlich auch in Erfurt gelungen, die Photographenkollegen und -kolleginnen unserem Verband anzugliedern, so daß unsere Zahlstelle einen erheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat. Der Vorsitzende berichtete über die Aufnahme und Durchführung der neuen Tarife am hiesigen Orte. Das Hauptinteresse nahm aber unzweifelhaft der Vortrag des Kollegen Schmetter,

über das »Revolutionäre Räte-system« in Anspruch. Im Anfang seines Vortrages ging Kollege Schmetter kurz auf unsere augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse ein, daß unser Wirtschaftsleben immer mehr zusammenbreche, daß wir schließlich ganz zugrunde gehen müssen, wenn es nicht gelingt, Einhalt zu gebieten. Es fehle an Kohlen, Rohstoffen aller Art, Industrien würden mehr und mehr stillgelegt, Handel und Gewerbe stocken. Am meisten leiden die Arbeiter unter diesen Zuständen, die Arbeiterschaft, die am schwersten schon während des Krieges gelitten habe und die glaube, mit dem Sturze der kapitalistisch-militaristischen Herrschaft durch die Revolution den Weg zu einer glücklicheren Zukunft gefunden zu haben. Statt dessen bringe jeder Tag für die Arbeiter neue Enttäuschungen und die verhängnisvolle Politik gerade der derzeitigen »sozialistischen« Regierung lasse erkennen, daß wir nicht dem Sozialismus entgegengehen, sondern neuer Knechtschaft. Alles, was bisher von dieser Regierung für die Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens in die Wege geleitet worden sei, die Schaffung von Arbeitsgemeinschaften und der Entwurf des neuen Betriebsrätgesetzes beweise den Arbeitern nur das völlige Hand in Hand gehen der derzeitigen Regierung mit dem Kapitalismus. Mit solchen Mitteln könne man das deutsche Wirtschaftsleben nicht wieder aufrichten. Aufgabe der revolutionären Arbeiterschaft müsse es sein, diesen Mädeln der Regierung ein entschiedenes »Nein« entgegen zu setzen. Die Arbeiterschaft brauche neben den Kampfformationen, die in der hinter uns liegenden Zeit ihre Aufgaben erfüllt haben, neue Waffen und neue Rüstungen, und diese finden wir in dem Räte-system, in den Arbeiterräten. In klarer allgemeiner verständlicher Weise ging nun Kollege Schmetter auf das Räte-system ein. Die Produktionsmittel müßten in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden, das gesamte privatkapitalistische Organisationsgebilde müsse verschwinden, unser künftiger Produktions- und Wirtschaftsorganismus müsse von unten nach oben aufgebaut werden. Die Gründung von Industrieorganisationen und Industriegruppen auf der Grundlage der Gewerkschaften müsse erfolgen, diese Organisationen aber dürften sich nicht nur auf Vertretung der rein wirtschaftlichen Interessen beschränken, sondern müßten Träger der gesamten Produktion werden. Nur durch die Schaffung eines Räte-systems, welches sich aufbauend auf allen schaffenden Kräften des Volkes, könne neuen Erschütterungen unseres Wirtschafts- und Volkslebens vorgebeugt werden, nur durch die Schaffung eines revolutionären Räte-systems, das dem gesamten werktätigen Volke alle wirtschaftliche und politische Macht in die Hände legt, kann das neue Deutschland errichtet werden. An Hand einer graphischen Darstellung zeigte der Referent Kollege Schmetter den Aufbau des Räte-systems vom Betriebsrat bis zum Reichswirtschaftsrat und der Zentralstelle. Kollege Schmetter schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Kollegen, mit allem Nachdruck für die Schaffung einer reinen Räteorganisation einzutreten, da nur durch diese die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse gebessert und die Zukunft unsres Volkes gewährleistet werde.

In der dem Referat folgenden Aussprache konnte festgestellt werden, daß der Referent Kollege Schmetter ganz im Sinne der Versammlung gesprochen hatte. Es wurde der Wunsch laut, daß die kommende Generalversammlung unseres Verbandes sich auf den Boden des revolutionären Räte-systems stellen möge und die Forderungen desselben zu Richtlinien für die Verhandlungen machen solle.

Nach Erledigung von einigen Sachen lokaler Natur schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.

Stuttgart, Chemigraphen. Wenn wir im Laufe der letzten Zeit, nicht an die Öffentlichkeit getreten sind, so lag dies an den örtlichen und tariflich zu regelnden Verhältnissen.

Heute können wir mit dem Erfolg der Tätigkeit der Verwaltung und der Tarifinstanzen, die uns nach hartem Kampf bis vor den Schlichtungsausschuß führte, an die Öffentlichkeit treten, mit der Versicherung, daß hier am Ort in allen Firmen die tariflich festgesetzten Zulagen restlos bezahlt werden und daß wir damit wieder mit dem Kreis in Fühlung und Gleichstellung stehen.

Wohl hat es schweren Kampf gekostet, wieder in die Bahnen, wie vor dem Krieg zu kommen; doch sah man mit gewissen Hoffnungen den neuen Tarifverhandlungen entgegen. Mit großem Interesse nahmen dann auch am 7. und 10. November ds. J. die Kollegen den Bericht ihres Kreisvertreters über die Berliner Verhandlungen entgegen und war man nicht wenig erstaunt, als Kollege Renner uns von dem neuen Modus der zu verteilenden prozentualen Zulage in Kenntnis setzte.

Mit einmütiger Selbstverständlichkeit setzte nun eine scharfe Diskussion über diesen Teil des Resultats der Verhandlungen ein, die dahin gipfelte,

daß dieser neue Modus als wenig glückliche Lösung dieser Frage angesehen werden kann, daß man darin ein gewisses System erblicken könne, daß absichtlich ein Keil in die Reihen der Kollegen getrieben werden soll.

Als Resultat der ziemlich erregt verlaufenden Diskussion kam folgende Resolution zur Annahme:

Die am 7. und 10. November tagende Versammlung der Chemigraphen Stuttgarts, stellt sich nach Berichterstattung des Kreisvertreters und ausgiebiger Diskussion im Interesse der Allgemeinheit und des Gewerbes auf den Boden des Tarifs. Mit der Einführung eines Prämiensystems, wie es der neue Entwurf durch die 12 bzw. 18 Prozent Teuerungszulage vorsieht, finden sich die Stuttgarter Chemigraphen nur deshalb ab, weil sie den Tarif nicht gefährden wollen. Sie bezeichnen aber diese Klasseneinteilung als Mittel, einen Keil zwischen sich und ihre Führer zu treiben und Unruhe im Gewerbe herbeizuführen. Die Stuttgarter verpflichten sich, darauf hinzuwirken, daß die 18 Prozent gleichmäßig unter ihre Kollegen am Platze verteilt werden, und fordern, daß bei nächster Gelegenheit solche unglückseligen Vereinbarungen ausgemerzt und nicht wie vorgesehen wiederholt werden.

Der Schriftführer der Filiale II Oskar Mathies.

Düsseldorf, Chemigraphen. Den Verlauf der Tarifausschuß-Sitzung schilderte der Kreisvertreter Kollege Winkelmann in einer am 11. November tagenden Chemigraphenversammlung. Das von ihm entworfen Bild zeigte, wie es nach langem, mühsamen Verhandeln endlich gelungen sei, das Ergebnis für die Kollegschaft herauszuholen, mit welchem der Tarif zum Abschluß gebracht wurde.

In der nach dem Berichte einsetzenden lebhaften Diskussion gingen die Ausführungen der einzelnen Redner dahin, daß der Tarif vollständig neu hätte aufgebaut werden müssen und nicht in seinem alten Zustande, mit überflüssigen Klauseln und Paragraphen, auf ein weiteres Jahr fortbestände. Die Festlegung der Arbeitszeit, wie sie der abgeschlossene Tarif vorsieht, unterlag einer scharfen Kritik und man hatte erwartet, nachdem von Düsseldorf und München der Vorstoß gemacht war, die 45- resp. 46-stündige Arbeitszeit im ganzen Reich durchzuführen. Ein diesbezüglicher Beschluß der berufenen Gehilfenvertreter vor der Tarifausschußsitzung, an der Forderung der 45stündigen Arbeitszeit unbedingt festzuhalten und konsequent dafür einzutreten, hätte den gewünschten Erfolg bringen müssen.

Die in Bezug »Arbeitszeit« abgegebene Erklärung unseres Kreisvertreters wurde nicht für bindend erachtet.

Die Abstimmung über den neu vereinbarten Tarif ergab, daß 75 Kollegen mit »Nein«, 3 mit »Ja« bei 2 Stimmen Enthaltung, gestimmt hatten. Am Schlusse der gutbesuchten Versammlung gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die Chemigraphen Düsseldorfs begründen die Ablehnung des Tarifs mit folgendem:

Im allgemeinen sind wir der Ansicht, daß von einem wirklich neuen, den veränderten Verhältnissen entsprechenden Aufbau des Tarifes nicht zu spüren ist. Wir verweisen auf unsere, schon gleich nach der Revolution gestellten Anträge.

Die erlangte Teuerungszulage entspricht nicht dem als Minimum gestellten Satze und genügt keineswegs, einen Ausgleich für die in letzter Zeit rapide gestiegenen Unterhaltungskosten zu schaffen. Die prozentuale Verteilung ist nur geeignet, Unzufriedenheit unter den Kollegen hervorzurufen, wenn nicht, wie hier in Düsseldorf, die gleichmäßige Verteilung der 18 Prozent beschlossen wird. Die neue Teuerungszulage muß bei der Bewertung des Tarifes überhaupt ausgeschlossen werden, da dieselbe ja nicht zu dem Bestande des Tarifes gehört.

Die Arbeitszeit ist trotz Verlangens der gesamten Kollegschaft nicht herabgesetzt. Im Gegenteil wird von den Kollegen München, Köln, Elberfeld, Essen und Düsseldorf verlangt, die Arbeitszeit wieder heraufzusetzen. Wir lehnen dieses ganz entschieden ab und bringen nicht, wie vom Hauptvorstand verlangt wird, das Opfer, da wir in dem neuen Tarifaufschluß keinen Vorteil für die gesamte Kollegschaft erblicken können. Wir halten nicht aus lokalen oder persönlichen Interessen an unserer 45stündigen Arbeitszeit fest, sondern sind der Überzeugung, daß wir durch unser Festhalten nur die Interessen der ganzen Kollegschaft fördern!

Bei der andauernd guten Konjunktur und den erhöhten Preisen haben die hiesigen Unternehmer nach unserer Kenntnis auch durch die verkürzte Arbeitszeit keinen Schaden erlitten. Wir erklären nochmals, daß wir nötigenfalls bereit sind, in Verhandlungen einzutreten und den Unternehmern entgegen zu kommen, aber nur dann, wenn uns an Hand der Bücher die Unrentabilität eines Betriebes nachgewiesen wird.

Sollten die in Berlin gewesenen Unternehmervertreter wirklich ein so großes Interesse an der Verdienstmöglichkeit der Unternehmer des Rheinlandes haben, so geben wir ihnen anheim, bei ihren Kollegen in den anderen Kreisen dafür zu sorgen, daß keine Arbeiten mehr unter tariflichen Preisen angefertigt werden, was uns von den hiesigen Unternehmern andauernd als Tatsache hingestellt wird.



Photogr. Mitarbeiter.

Ortsberichte.

Hamburg. Der in Hamburg abgeschlossene Photographen-Tarif ist vom Reichsarbeitsministerium am 14. November 1919 für verbindlich erklärt. Die Verbindlichkeit gilt ab 20. Oktober 1919.

Inzwischen haben mit den hiesigen Unternehmern Verhandlungen stattgefunden über Erhöhung der Löhne und Verlängerung des Tarifs. Die Lohnfestsetzung ist wie folgt vorgenommen:

Der Mindestlohn für männliche und weibliche Gehilfen beträgt inkl. Teuerungszuschlag:

Im ersten Jahr nach der Lehre 60,00 Mk.
 „ zweiten „ „ „ 70,50 „

Im dritten Jahr nach der Lehre 75,00 Mk.
 „ 4. u. 5. „ „ „ 90,00 „
 Gehilfen, die eine Vertrauensstellung als technische Leiter, Geschäftsführer oder Filialleiter bekleiden, erhalten ein festes Gehalt ohne evtl. Prozente von 120 Mk.
 Hilfskräfte bis 18 Jahr 40,50 Mk.
 „ „ 20 „ 54,00 Mk.
 „ über 20 „ 64,50 Mk.

Opfer des Krieges.

Tote:

1916.

Kollege **Albert Hahn**, Chemigraph, zuletzt in Leipzig, geb. am 6. Juli 1889 in Holzhausen, Mitglied seit 29. März 1908, ist am 4. September gefallen, wo ist nicht bekannt.

1917.

Kollege **Hermann Engemann**, Steindruckere, geb. am 17. Dezbr. 1881, Mitglied seit 19. Oktober 1903, ist am 2. Januar in rumänischer Gefangenschaft an Flektyphus gestorben.

Kollege **Friedrich Jaquot**, Steindruckere, zuletzt in Leipzig, geb. am 15. März 1897 in Gera, Mitglied seit 18. April 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 4. Mai 1913), ist am 26. Oktober 1917 in Flandern gefallen.

1918.

Kollege **Walter Range**, Steindruckere, zuletzt in Leipzig, geb. am 5. August 1899 in Lützschna, Mitglied seit 1. April 1917 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 4. April 1915), ist am 29. Mai 1918 bei Bucancy gefallen.

Kollege **Alfred Müller**, Steindruckere aus Leipzig, geb. am 31. Oktober 1884, Mitglied seit 2. August 1914 (vorher im Brasilianischen Verband seit 3. August 1912), ist am 2. Juni gefallen, wo ist nicht bekannt.

Kollege **Max Drechsel**, Steindruckere, zuletzt in Dresden, geb. am 10. Dezember 1887 in Chemnitz, Mitglied seit 15. April 1906, ist am 5. August 1918 in Frankreich gefallen.

Kollege **Kurt Dähnert**, Lichtdruck-Retuscheur aus Leipzig, geb. am 22. Septbr. 1898, Mitglied seit 1. April 1917 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 24. Oktober 1915) ist am 8. August gefallen, wo ist nicht bekannt.

Kollege **Kurt Graubner**, Steindruckere aus Leipzig, geb. am 31. Dezember 1896, Mitglied seit 18. April 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 21. Mai 1911), ist am 8. Aug. bei La Neuville in Frankreich gefallen.

Kollege **Arthur Schumann**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 27. Oktober 1898, Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 11. Jan. 1914, ist am 27. September bei Ypern gefallen.

Tote:

Kollege **Bernhard Fickweiler**, Photograph aus Leipzig, geb. am 10. Mai 1899, Mitglied seit 21. Oktober 1917, ist am 31. Oktober im Krankenhaus zu Leipzig an einer im Kriege erhaltenen Verwundung gestorben.

Kollege **Kurt Frommelt**, Lithograph aus Altenburg, geb. am 26. Juli 1886 in Wildwitz bei Altenburg, Mitglied seit 29. März 1908 (im Deutschen Lithographenbund seit 1. April 1904), ist als Soldat am 14. Dezember 1918 im Reservelazarett in Dresden an Grippe und Herzschwäche gestorben, krank 11 Wochen.

Kollege **Franz Pitzsoler**, Steindruckere aus Leipzig, geb. am 7. September 1897, Mitglied seit 9. April 1916 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 28. April 1912), ist in der Marneschlacht gefallen, wann ist nicht bekannt.

1919.

Kollege **Albert Hampel**, Steindruckere aus Breslau, geb. am 7. Dezember 1879, Mitglied seit 16. April 1916, starb am 21. April in Breslau an einem im Felde zugezogenen Nervenleiden.

Kollege **Paul Fuchs**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 27. Dezember 1888, Mitglied seit 1. April 1907, galt seit Oktober 1914 als vermißt und wurde am 28. Mai 1918 für tot erklärt.

Kollege **Gustav Blanz**, Linoleumdrucker aus Bietigheim, geb. am 16. Mai 1889 in Bisingen a. Enns, Mitglied seit 25. Juli 1909, galt seit 25. September 1915 als vermißt, wurde am 25. Juni 1918 für tot erklärt.

Kollege **Kurt Schmidt**, Lithograph aus Berlin, geb. am 5. Februar 1894, Mitglied seit 21. September 1913, starb am 30. Juni in Berlin als Soldat an Lungentuberkulose.

Kollege **Paul Kästner**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 1. März 1885, Mitglied seit 5. April 1902, war seit 14. November 1916 vermißt und wurde im Juni durch behördliche Verfügung für tot erklärt.

Tote:

Kollege **Arthur Mutzka**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 9. Februar 1894, Mitglied seit 14. April 1912 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 10. Mai 1908), galt seit Oktober 1916 als vermißt und wurde im Juli amtlich für tot erklärt.

Kollege **Gustav Vollmer**, Lithograph aus Stuttgart, geb. am 14. Oktober 1882, Mitglied seit 11. Mai 1901, geriet im November 1914 in französische Gefangenschaft, wurde im Oktober 1917 als Austauschgefangener nach Deutschland in die Irrenanstalt Winnenden überführt, wo er am 3. Aug. 1919 verstarb.

Kollege **Alfred Rößler**, Steindruckere aus Leipzig, geb. am 26. November 1894, Mitglied seit 23. März 1913 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 20. August 1911), galt seit März 1915 als vermißt und wurde im September für tot erklärt.

Kollege **Erich Götze**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 5. Dezember 1894, Mitglied seit 30. März 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 9. Oktober 1910), galt seit dem Jahre 1916 als vermißt und wurde im Oktober vom Regiment für tot erklärt.

Kollege **Gustav Zimmermann**, Retuscheur aus Leipzig, geb. am 23. Oktober 1882, Mitglied seit 26. Dezember 1903, galt seit 1915 als vermißt und wurde im Oktober vom Regiment für tot erklärt.

Kollege **Gustav Stroh**, Chemigraph, zuletzt in Leipzig, geb. am 11. Mai 1879 in Rudolstadt i. Th., Mitglied seit 14. Jan. 1914, ist im Kriege gefallen, wann und wo ist nicht zu ermitteln.

Kollege **Paul Grabowsky**, Steindruckere, zuletzt in Solingen, geb. am 28. Februar 1889 in Barmen, Mitglied seit 8. März 1914, ist im Kriege gefallen, wann und wo ist nicht zu ermitteln.

Kollege **Walter Zinn**, Steindruckere aus Leipzig, geb. am 8. September 1896, Mitglied seit 2. Mai 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 14. Mai 1911), ist im Kriege gefallen, wann und wo ist nicht zu ermitteln.

Ehre ihrem Andenken!

Stellenangebote

Nachschneider

gesucht.

Rich. Müller, Chemnitz,
 Brückenstraße 31.

Ein tüchtiger

Radierungsdrucker und ein Farbendrucker

sobald für dauernd gesucht.

Heinrich Westerth, Kunststempeldrucker,
 Altmühl n., Schellingstraße 39.

Verbandsnachrichten

Achtung! Trier!

Vorsitzender und Auskunftersteller ist jetzt

Kollege Daniel Prinz,
 TRIER, Weberbachstraße 53, H.

Achtung! Photographen!

Alle in der württembergischen Industrie beschäftigten Photographen, Retuscheure, Laboranten usw. werden ersucht, ihre Adressen zwecks Tarifsache baldigst an den Vertrauensmann

H. KONRAD, Stuttgart, Augustenstr. 86
 einzusenden.

Verschiedenes

Anzeige!

Alle Kollegen, die ihr Wissen über die allgemeine Arbeiterbewegung ergänzen wollen durch besondere Kenntnis der Vorläufer unserer Berufsorganisation, seien wieder einmal auf unsere *Verbandsgeschichte* hingewiesen, die, vom Kollegen *Hermann Müller* verfaßt, unter dem Titel: „Die Organisationen der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe“ von unserem *Verbandsvorstand*, Berlin N 24, Elsasserstr. 86-88 zum Preise von 5,00 Mk. zu beziehen ist. — Das mit liebevoller Sorgfalt zusammengetragene Material behandelt die Anfänge der eigentlichen Gewerkschaftsbewegung, die Widerstände der ersten Arbeitervereine, den Widerstand des Staates gegen die zunehmenden Selbstständigkeitsbestrebungen der Arbeiterorganisationen und das unwiderstehliche Erstarken derselben. Daß dieser Teil des Buches uns auch mit den markantesten Köpfen der damaligen Zeitperiode bekannt macht, soll der Vollständigkeit wegen erwähnt. Mit einer Untersuchung über die Voraussetzungen und die Wirkungen des Sozialistengesetzes (1878-1890) schließt der erste Teil des Buches ab; in dem zweiten Teil finden wir die Entwicklung unserer Berufsorganisationen von ihren ersten örtlichen Anfängen an behandelt unter gleichzeitiger Würdigung der Ausbreitung unserer graphischen Kunst. Auch die beruflichen Unterstützungs-kassen sind eingehend geschildert. Alles in allem verdient das Werk wegen seines wertvollsten zerlegten, ungemünzt reichhaltigen Materials, allen Kollegen zur Anschaffung empfohlen werden, zumal der Preis für das umfangreiche Buch (5,00 Mk.) für unsere Kollegen ein außerordentlich niedriger ist.

Wir suchen für unseren Betrieb in ZEITZ
einen Offset-Maschinenmeister
 sowie einen
Flachdruck-Maschinenmeister
 zum möglichst sofortigen Antritt. Wir bitten nur solche Herren um Bewerbung, die durch übchen eine Zeugnisausschreiben ihre Eigenschaft als tüchtig und vertrauenswürdig bekräftigen können. Angabe des Gehaltsanspruches und der Antrittszeit erbitten.
 Kunstdruck- und Verlagsanstalt
Wezel & Naumann, A.-G., Leipzig.

„Betromit“ Schnelltrockenmittel, „Extrakt“ trocknet nicht ein, bildet selbst bei langsamen Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.
 „Steingummi“ flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabikum, stets gebrauchsfähig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.
 „Enoldin“ Druckpatze — speziell für schlecht zu verdruckende Farben u. Papiere.
 „Enol“ — Druckaktar — sehr geeignet für Bronzedruck.
 „Goljad“ vorzügliches Reinigungs- u. Nasswachsmittel im wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.
 empfehlen
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
 Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.